



Vorschlag des Präsidiums für einen Beschluss des Bundesausschusses  
am 15. November 2014 in Berlin

## **Geteilte Souveränität in der äußeren Sicherheit**

Die Europa-Union Deutschland ist der Auffassung, dass Europa angesichts der jüngsten Entwicklungen in Osteuropa und im Nahen Osten außen- und sicherheitspolitisch vor einer Zäsur steht. Es ist an der Zeit, dass der Europäische Rat eine Vergemeinschaftung der nationalen Verteidigungspolitiken, die im Kern im Lissabon-Vertrag angelegt ist, ernsthaft prüft.

Konkret fordert die Europa-Union Deutschland:

Auf europäischer Ebene sollten die bestehende Europäische Verteidigungsagentur (EVA) und ein Planungsstab als Kern eines Europäischen Verteidigungsministeriums schrittweise ausgebaut werden. Mittel- bis langfristig sollen diese Schritte zur Verwirklichung einer Europäischen Verteidigungsunion führen. Die Bundesregierung sollte sich aktiv dafür einsetzen.

Die EVA muss zügig sicherstellen, dass die Staaten der EU ihre Rüstungs- und Beschaffungsvorhaben tatsächlich zusammenlegen, um Kosten zu sparen und unseren Soldaten eine bestmögliche, mit einander kompatible Bewaffnung und Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Damit perspektivisch eine Europäische Verteidigungsunion gelingt und nicht wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor 60 Jahren scheitert, muss sie im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit nach Artikel 20 EUV und 326 – 334 AEUV aufgebaut werden. Sie muss allen 28 EU-Staaten offenstehen.

Die Verteidigungsunion führt zum Aufbau einer europäischen Armee, die eine Parlamentsarmee sein muss. Sie wird vom Europäischen Parlament kontrolliert. Einsätze bedürfen grundsätzlich der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Die Verteidigungsunion ist gleichzeitig Kern und Katalysator einer Politischen Union.

Die Verteidigungsunion muss selbstverständlich auch der NATO angehören, damit das westliche Bündnis als Grundlage der europäischen Sicherheit bestehen bleibt und in Zukunft, um einen handlungsfähigen europäischen Pfeiler gestärkt, effektiv zur Stabilisierung einer in Bewegung geratenen Weltordnung beiträgt.

Die Mitglieder der Verteidigungsunion erhalten einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Das Ziel sollte zielstrebig verfolgt werden. Wichtige und realistische Zwischenstufen für eine effektive Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO sind dringend geboten.



Begründung:

Die Entschließung knüpft an einschlägige Beschlüsse des Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland an, so vor allem an den am 21.10.2010 gefassten Beschluss „Für eine stärkere Rolle der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik“ und den vom 27.11.2011 über „Gemeinsame Europäische Streitkräfte“.

Die Teilung der Souveränität in der Landesverteidigung ist ein zentraler Baustein für eine europäische politische Union.

Die europäischen Gesellschaften sind angesichts der aktuellen Weltentwicklungen bereit für eine solche Diskussion.

Zudem verfügen die EU-Mitgliedstaaten nicht mehr über die finanziellen Mittel, ihre Verteidigungsetats so zu gestalten, dass ihre nationalen Streitkräfte einsatzfähig bleiben. Dies gefährdet die Glaubwürdigkeit der westlichen Allianz und die Sicherheit Europas.

Einzelne Nationalstaaten von der Größe der EU-Mitgliedstaaten sind nicht mehr dazu in der Lage, ihre Sicherheit allein zu gewährleisten. Auch für internationale Einsätze werden gemischte Kontingente gebraucht.

Die EVU kann durch eine effektivere europäische Einsatz- und Verteidigungsbereitschaft einen wertvollen Beitrag auch zu den sicherheitspolitischen Erwartungen der westatlantischen Partner leisten.

Sie ist defensiv ausgerichtet, weil ihre Mitglieder einzeln keine unabhingestimmten Initiativen unternehmen können und auch nicht mehr über die dafür nötigen militärischen Kapazitäten verfügen.

Sie stärkt die Verteidigungsbereitschaft durch die Abschaffung überflüssiger Mehrfachstrukturen und die Konzentration auf die volle Einsatzkapazität moderner Teilstreitkräfte, zu denen ihre Mitglieder jeweils nach ihrem Bruttoinlandsprodukt, ihrer Bevölkerungszahl und ihren besonderen militärischen Fähigkeiten beitragen.

Sie stärkt auch die Fähigkeit zu effektiven, zeitnahen humanitären Einsätzen im Katastrophenfall.